

Fake News Desinformation verfängt

Falschmeldungen in sozialen Netzwerken wie Facebook erzielen oft die gewünschte Wirkung, wie eine Studie zeigt. Die Berliner Denkfabrik „Stiftung Neue Verantwortung“ konfrontierte Bürger mit ausgewählten Falschnachrichten, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt

hatten. Ergebnis: Bei AfD-Wählern war die Bereitschaft, Fake News zu glauben, am größten. 75 Prozent der befragten Rechtswähler hielten etwa die Falschmeldung, dass jeder zweite Flüchtling keinen Schulabschluss habe, für wahr. Bei Grünen-Wählern waren es 40 Prozent. Die unzutreffende Behauptung, Kirchenfrau Margot Käßmann habe alle Deutsche Nazis genannt, hielt ein Viertel der



Demonstrant in Brandenburg

PAUL ZINKEN / DPA

AfD-Wähler für glaubwürdig – gegenüber fünf Prozent der Grünen-Anhänger. „Geglaubt wird, was ins Weltbild passt“, so das Fazit von Alexander Sänglerlaub, Leiter des Fake-News-Projekts. Umgekehrt hatten es echte News bei AfD-Wählern besonders schwer: Über die Hälfte hielt die Forderung von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz nach einem „Arbeitslosengeld Q“ für Fake News. rom

Deradikalisierung Schwäbischer Scharlatan

Betrugsverdacht gegen einen Referenten des baden-württembergischen Innenministeriums: Der für Deradikalisierung zuständige Mitarbeiter Daniel Köhler soll dem Vater einer niederländischen Salafistin eine Rettungsaktion aus der früheren irakischen IS-Hochburg Mossul nur vorgaukelt haben. „Köhler hat das Leben von Laura und ihren Kindern aufs Spiel gesetzt und die Familie betro-

gen. Er ist ein Scharlatan“, sagt Anwalt Michiel Pestmann, der die junge Frau im Terrorprozess in Rotterdam vertritt. Bei ihrer Flucht aus Mossul war die Salafistin samt ihrer Familie in ein Feuergefecht zwischen IS-Kämpfern und kurdischen Milizen geraten. Ihr Mann blieb nach Aussage von Laura H. schwer verletzt zurück (SPIEGEL 21/2017).

Köhler hatte H.s Vater gegenüber behauptet, er habe ein professionelles Team im Irak. Laura werde aus Mossul abgeholt. Doch dieses Team

existierte offenbar nicht; die Familie war im Juli 2016 bei ihrer Flucht völlig allein. Auf Anweisung Köhlers hatte der Vater 10000 Euro auf ein britisches Konto überwiesen. Das Geld verschwand in dunklen Kanälen. Der britische Empfänger sagte zur Polizei, er habe einen Teil behalten und den Rest an einen Mann namens „Alastair“ weitergegeben; Nachnamen oder Kontaktadresse kenne er nicht. Köhler bestreitet den Betrugsvorwurf und behauptet, er sei nur ehrenamtlich für die Familie tätig gewesen. gud

Nordrhein-Westfalen Ruhigere Zeiten für Steuersünder?

Der Steuerfahndung Wuppertal, Deutschlands gefürchtete Anti-Betrugs-Einheit, wird die Schlagkraft genommen. Für Unmut sorgt in der Behörde eine Stellenausschreibung, in der ein neuer Leiter gesucht wird – obwohl eine bewährte Kraft das Fahndungsteam derzeit leitet. Im Juni ging der legendäre Chef Peter Beckhoff in den Ruhestand. Seine Arbeit hat dem Staat rund sieben Milliarden Euro eingebracht – an nachgezählten Geldern von Steuersündern und Geldbußen von Banken. Der damalige Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) entschied, dass Beckhoffs im Ankauf von Daten erfahrene Stellvertreterin Sandra Höfer-Grosjean seinen Posten übernehmen sollte, um die Arbeitsfähigkeit der Abteilung zu gewährleisten – wohl wissend, dass in der Finanzverwaltung laut einer Uraltvorschrift nur jemand Leiter werden kann, der bereits bei einem anderen Finanzamt gearbeitet hat. Höfer-Grosjean wurde offenbar gegen den Willen der mächtigen Oberfinanzdirektion kommissarisch ernannt und sollte Ende 2018 offiziell die Stelle erhalten. Das rächt sich nun: Die neue schwarz-gelbe Landesregierung fühlt sich nicht an die Entscheidung ihrer Vorgänger gebunden. Insbesondere der FDP ist der Ankauf der Daten ein Dorn im Auge. bas

Einwanderung „Flüchtlinge heißen wir willkommen“

Daniel Günther, 44 (CDU), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, über die liberale Haltung seiner Jamaikaregierung gegenüber Migranten

SPIEGEL: Herr Günther, Ihre Landes-CDU hat der Grünen-Forderung nach einer Erleichterung des Nachzugs von Familienangehörigen der Flüchtlinge nachgegeben – Kiels Jamaikabündnis will sich laut Koalitionsvertrag dafür im Bund einsetzen. Warum?

Günther: Das gilt für Flüchtlinge, die in ihrer Heimat ernsthaft gefährdet sind und daher absehbar länger bei uns bleiben werden. Wir haben ein klares Prinzip vereinbart: Wir heißen Flüchtlinge willkommen und erwarten im

Gegenzug Integrationsbereitschaft. Wer Partner und Kinder in Krisengebieten zurücklassen muss, hat nicht den Kopf für Deutschkurse frei.

SPIEGEL: Ihre schwarz-grün-gelbe Regierung will sich auch für ein Einwanderungsgesetz starkmachen. Was erwarten Sie sich davon?

Günther: Angesichts des Fachkräftemangels müssen wir endlich die Möglichkeit schaffen, Zuwanderung an unserem Bedarf auszurichten. Weil wir kein modernes Einwanderungsrecht haben, kommen Menschen auf der Suche nach Arbeit als Flüchtlinge und bleiben zum Teil jahrelang im Asylsystem hängen. Das wollen wir ändern. Zugleich stellen viele Asylanträge, die keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. Sie wünschen sich – wer

tut das nicht – hier ein besseres Leben, werden in ihrer Heimat aber nicht verfolgt. Daher dürfen sie bisher nicht bleiben – auch dann nicht, wenn sie dank beruflicher Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt gebraucht würden.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die Chancen, dass Jamaika im Bund sich auf ähnliche Ziele wie Ihr Landesbündnis in der Flüchtlingsfrage verständigt?

Günther: Jamaika in Kiel zeigt, dass die Flüchtlingspolitik von CDU, FDP und Grünen sich optimal ergänzen kann. Voraussetzung ist, dass die Verhandlungspartner sich zuhören, gemeinsame Ziele formulieren und dann gucken, wie man sie erreichen kann. Dann passt ganz viel zusammen, was man vorher gegenseitig in Bausch und Bogen verdammt hat. ab



CARSTEN REHDER / DPA